



# ANKLAGEN

Frühjahr 2014

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Zum Tod von Nelson Mandela ■ Uiguren in Xinjiang ■ Unmenschliche Zustände auf Katars WM-Baustellen ■ Hoffnung auf ein Ende des bewaffneten Konflikts in Kolumbien ■ Rückblick auf das Jahr 2013 ■ Ernüchternde Bilanz der Olympischen Spiele ■ Todesstrafe in den USA: Qualvolle Hinrichtung führt zu Moratorium

## Inhalt

Editorial .....	2
Zum Tod von Nelson Mandela .....	3
Uiguren in Xinjiang .....	6
Unmenschliche Zustände auf Katars WM-Baustellen.....	9
Hoffnung auf ein Ende des bewaffneten Konflikts in Kolumbien.....	12
Rückblick auf das Jahr 2013 .....	15
Ernüchternde Bilanz der Olympischen Spiele .....	18
USA: Qualvolle Hinrichtung führt zu Moratorium .....	19
Briefmarathon .....	20
Briefe gegen das Vergessen.....	21

## Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

### Redaktion:

Pierre Bareis, Laura Böckmann, Sabine Bouajaja, Frauke Bräuning, Marcel Conrad, Christian Eisenreich, Michael Gybas, Christine Hämmerling, Benno Keppner, Rebecca Koch, Philipp Münt, Eva Scheerer (ViSdP), Heiderose Schwarz, Maximilian Siebler, Volquart Stoy

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
11.02.2014

Auflage: 4.300

Druck: Druckerei Deile, Tübingen.

Titelbild: Opfer chinesischer Repression: Uiguren in Kashgar, Xinjiang (s. Artikel S. 6)

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

Liebe Freunde,

die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) kürte den Euphemismus „Sozialtourismus“ zum Unwort des Jahres 2013. Vertreter aus Politik und Medien hätten damit gezielt Stimmung gegen unerwünschte Zuwanderer, vornehmlich aus Rumänien und Bulgarien, gemacht, so die GfdS in ihrer Begründung. „Tourismus“ suggeriere eine Reisetätigkeit, die dem Vergnügen und der Erholung diene und verdrehe damit offenkundige Tatsachen, hieß es darin. Und mit „sozial“ habe man direkt auf den vermeintlichen Missbrauch der deutschen Sozialsysteme angespielt. Entgegen der geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU, die seit Anfang Januar nach einer Übergangszeit in Deutschland nun auch für Rumänen und Bulgaren vollständig gilt, warf insbesondere die CSU mit Parolen wie „Wer betrügt, der fliegt“ um sich. Dabei ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit als Teil der Personenfreizügigkeit einer der Grundpfeiler des für alle EU-Mitgliedsstaaten geltenden Gemeinschaftsrechts.

Wagen wir einen Blick in die Glaskugel. Was könnte des Unwort des Jahres 2014 werden? Wie wäre es mit „Großprojektsierung“? Die Welle von Ländern mit problematischer Menschenrechtslage, die sich durch Großprojekte auf der internationalen Bühne profilieren wollen, reißt nicht ab. „Überwachungsasyl“, „Skandalasyl“ oder gar „Überwachungs-skandalasyl“? Oder „Kriegsministerin“? „Vizeweltmeisterschaft“? „Euro-Maidan“, „Maidan-Märtyrer(in)“? Oder um direkt auf Wladimir Putin zu sprechen zu kommen: „Kinderbeschwulung“?

Fakt ist, dass Putin auch nach Ende der Winterspiele in Sotschi und trotz seines jüngsten Einflussverlustes in der Ukraine immer noch einer der derzeit einflussreichsten Menschen der Welt ist, unter anderem aufgrund Edward Snowdens andauerndem Aufenthalt in Moskau. Und gleichzeitig ist er einer der unbeliebtesten: In Sotschi wurde – unter anderem durch Zwangsumsiedlungen – aus einem ruhigen Ferienort am Schwarzen Meer binnen weniger Jahren eine Visitenkarte für das moderne Russland und das kurzzeitige sportliche Zentrum der Welt gemacht. Hinzu kommen das umstrittene NGO-Gesetz, verschärfte Internetkontrollen und das extrem harte Pussy-Riot-Urteil.

Derweil forderte der neue Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Thomas Bach, bei der Eröffnungsfeier Politiker in aller Welt dazu auf, ihre Konflikte „nicht auf dem Rücken der Sportler auszutragen“, damit sich diese auf die Spiele konzentrieren könnten. Gewiss ist Olympia für einen Sportler „nur“ eine Wettkampferveranstaltung, wenn auch die größte und wichtigste. Doch gerade der Stellenwert von Olympia beschert den Teilnehmern die seltene Aufmerksamkeit, vor aller Welt Missstände konkret anprangern zu können – was für eine Chance!

Mit der diesjährigen Fußball-WM in Brasilien folgt wenige Monate später gleich die nächste Möglichkeit, die weltweite Einhaltung zentraler Menschenrechte einzufordern. Dort verloren auf den Baustellen der Stadien bereits fünf Arbeiter ihr Leben. Auch darüber hinaus wird es 2014 weltweit wohl leider wieder etliche Anknüpfungspunkte für menschenrechtliches Engagement geben. Wir hoffen, hierzu einen Beitrag leisten zu können. Ich wünsche Ihnen eine informative und vor allem stimulierende Lektüre unseres Heftes.

Ihr Philipp Münt

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)

E-Mail: [info@anklagen.de](mailto:info@anklagen.de)

**Sie finden das Amnesty-Büro** in der

Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,

Tel.: 07071 7956617, Internet: [www.ai-tuebingen.de](http://www.ai-tuebingen.de)

**Beratungstermine für Interessenten:**

donnerstags in den ungeraden Kalenderwochen um 20 Uhr  
(während des Semesters)

Es kann auch per E-Mail ein Termin vereinbart werden:

[hsg@ai-tuebingen.de](mailto:hsg@ai-tuebingen.de)

# Ein Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit - zum Tod von Nelson Mandela

Am 5. Dezember 2013 verstarb Nelson Mandela. Er war weltweit anerkannt als langjähriger Verfechter der Menschenrechte und Kämpfer gegen Unterdrückung und für die Freiheit. Anlass genug, auf sein Leben zurückzublicken, welches eng mit der Geschichte Südafrikas verbunden ist.

## Geboren in die Zeit der Anfänge der Unterdrückung

Nelson Mandela wurde am 19. Juli 1918 in einem kleinen Dorf in der heutigen Provinz Ostkap geboren. Südafrika war damals geprägt von den ersten Vorläufern der ab 1948 legislativ verankerten Apartheid. Bereits ab Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Trennung der unterschiedlichen Ethnien vorangetrieben, die sich aufgrund von britischen und niederländischen Koloni-

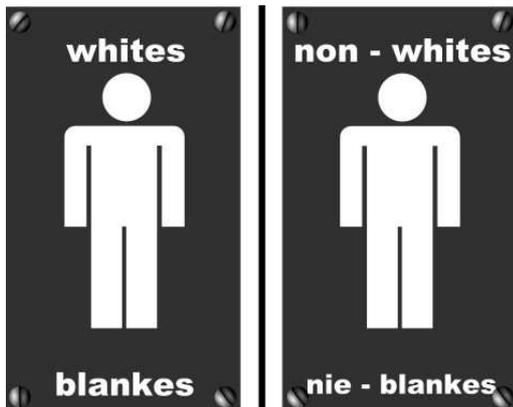
In den Folgejahren wurden die Grundrechte der dunkelhäutigen Bevölkerungsgruppen durch Gesetze immer weiter eingeschränkt.

Ab 1948, dem Jahr der Machtübernahme der Nationalen Partei, wurde die Bevölkerung eingeteilt in „Weiße“, „Farbige“, „Asiaten“ und „Schwarze“. Diese Einteilung bestimmte somit das gesamte



*Unterkunft für schwarze Minenarbeiter*

*Quelle: Albrecht Hagemann: Nelson Mandela, Rowohlt Verlag*



*Schild am Eingang einer öffentlichen Toilette*

*Quelle: www.wikipedia.org*

albestrebungen und Binnenwanderung in Südafrika niedergelassen hatten. So wurden den dunkelhäutigen Bevölkerungsgruppen Gebiete zugewiesen. Nur dort durften sie Land erwerben und sich ohne besondere Genehmigung aufhalten. In den Städten entstanden die späteren Townships. Gleichzeitig wurden sie als billige Arbeitskräfte zur Förderung der in Südafrika in großem Maße vorhandenen Bodenschätze benötigt. Jedoch wurden ihnen Arbeitnehmerrechte verweigert.

Leben: den öffentlichen Verkehr, den Zugang zu Bildung und Jobs, den Aufenthalt in bestimmten Gegenden – wobei Weiße Bevorzungen erhielten und Nicht-Weiße diskriminiert wurden.

Persönlich blieb Nelson Mandela in den ersten Jahrzehnten seines Lebens weitestgehend von Unterdrückung verschont. Durch seine Geburt in die Berater-

familie des Königs seines Stammes verbrachte er die Kindheit und Jugend in relativem Wohlstand. Dies ermöglichte ihm auch die Aufnahme eines Studiums an dem damals einzigen für Schwarze zugänglichen Elite-College in Fort Hare. Als er mit einer für ihn ausgesuchten

Frau zwangsverheiratet werden sollte, verließ er jedoch im Jahre 1940 den Pfad des vorbestimmten Lebens und floh nach Johannesburg. Dort schlug er sich anfangs als Minenarbeiter durch, lebte in ärmlichen Verhältnissen und lernte so die tägliche Unterdrückung kennen.

## Nelson Mandelas Engagement im Widerstand: Von der Gewaltlosigkeit zu Sabotageakten aus dem Untergrund

Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts formierte sich organisierter Widerstand gegen die Unterdrückung der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit. Im Jahr 1912 wurde die Vorläuferorganisation des African National Congress (ANC), der South Afri-

**„Die Befreiung von der Unterdrückung ist ein Menschenrecht und das höchste Ziel jedes freien Menschen.“**

*Nelson Mandela in einer Rede auf einem ANC-Kongress am 21. September 1953*

## Zum Tod von Nelson Mandela

can Native National Congress (SANNC), gegründet. Die ursprünglich von eher konservativen Schwarzen aus der Mittelschicht gegründete Organisation agierte anfangs als Lobbygruppe für gut gebildete Schwarze. Nur diesen war eine Mitgliedschaft erlaubt. In den Folgejahren wurde die SANNC von linken und radikaleren Gruppierungen unterwandert. So dass es in den 1920er- und 1930er-Jahren zu einem Richtungsstreit kam, infolgedessen die sich nun ANC nennende Organisation in der Bedeutungslosigkeit verschwand.

1944 trat Mandela dem ANC bei und gründete mit anderen noch im selben Jahr die Jugendorganisation des ANC, die ANC Youth League.

Zu einer Massenorganisation wurde die ANC in den Jahren 1952 und 1953. Die Kampagne zur Missachtung der ungerechten Gesetze („Defiance Campaign against unjust laws“) wurde im Wesentlichen von Mandela organisiert. Die Mitgliederzahlen des ANC vervielfachten sich.

War Mandela anfangs der Meinung, dass nur Schwarze den

„Tausende Menschen haben das Gefühl, es sei sinn- und zwecklos, sich weiterhin für Frieden und Gewaltlosigkeit einzusetzen, angesichts einer Regierung, deren einzige Antwort in brutalen Angriffen auf eine unbewaffnete und wehrlose Bevölkerung besteht. Ich glaube, dass es in Anbetracht unserer Erfahrungen an der Zeit ist zu überlegen, ob unsere bisherige Vorgehensweise angemessen ist.“

*Nelson Mandela in einem Radiointerview 1961*

Widerstand gegen das Apartheidsregime tragen sollten, kam er im Laufe der Jahre immer mehr in Kontakt mit Oppositionellen anderer Hautfarbe. Die Zusammenarbeit



*Mandela verbrennt demonstrativ seinen Pass, den jeder Nicht-Weiße außerhalb der ihm zugewiesenen Gebiete tragen musste.*

*Quelle: Albrecht Hagemann:  
Nelson Mandela, Rowohlt Verlag*

war anfangs eher pragmatischer Natur für ihn, hieraus entwickelte sich aber der feste Glaube, dass allen Menschen, gleich welcher Hautfarbe, die gleichen Rechte zuständen.

Bei Mandela war auch das Thema gewaltloser Widerstand von Pragmatismus geprägt. Seine Philosophie war anfangs die des Widerstandes mit gewaltlosen Massenaktionen wie Boykotts und Streiks. Mandela begann jedoch an der Sinnhaftigkeit des gewaltlosen Widerstandes und den Aktionen des zivilen Ungehorsams zu zweifeln. Ursache hierfür waren die gewalttätigen Reaktionen der südafrikanischen Regierung. Insbesondere das sogenannte Sharpeville-Massaker mit 60 Toten, darunter fast 50 Frauen und Kinder, die teilweise durch Schüsse in den Rücken getötet worden waren, ließ in ihm die Überzeugung reifen, dass der Weg der Gewaltlosigkeit nicht zielführend sei.

1960 wird der ANC verboten. Daraufhin geht Mandela in den Untergrund und beteiligt sich am bewaffneten Kampf und an Sabotageakten. Amnesty International stand in dieser Zeit Mandela äußerst kritisch gegenüber und distanzierte sich von ihm. 1964 wird er gefangen genommen und zu lebenslanger Haft verurteilt.

### **Versöhnungsgedanken nach 27 Jahren Haft**

Die große Leistung Mandelas war sicherlich, dass es in Südafrika nicht zu Ereignissen kam, wie sie sich in zahlreichen anderen Ländern ab-

„Wir werden eine Gesellschaft errichten, in der alle Südafrikaner, Schwarze und Weiße, aufrecht gehen können, ohne Angst in ihren Herzen, in der Gewissheit ihres unveräußerlichen Rechtes der Menschenwürde – eine Regenbogennation im Frieden mit sich selbst und mit der ganzen Welt.“

*Mandela bei seiner Vereidigung zum Präsidenten am 10. Mai 1994*

spielten, in denen koloniale Herrschaft nach jahrzehntelanger brutaler Unterdrückung endete: die Vertreibung und Ermordung der ehemaligen Kolonialherren.

Diese Tatsache ist vor allem seinem rationalen und pragmatischen Vorgehen zu verdanken sowie seiner geschickten Verhandlungsführung und seinen Führungsqualitäten.

Der unter der dunkelhäutigen Bevölkerung weit verbreitete Hass und

Diesem de-jure-Zustand stehen de-facto jedoch noch zahlreiche Hürden im Weg. Durch das jahrzehntelange auf Diskriminierung setzende System haben sich Strukturen etabliert, die nicht von heute auf morgen änderbar sind.

In der Sommer-Ausgabe der „ANKLAGEN“ im Sommer 2007 (siehe [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)) berichteten wir am Beispiel der Kinder im Walmer Township in Port Elisabeth



Mandela nach der Entlassung aus der Haft im Februar 1990

Quelle: wort.lu

„Wie Amnesty International kämpfe auch ich seit vielen, vielen Jahren für Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Ich habe mich mittlerweile aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Aber solange auf unserer Welt Ungerechtigkeit und Ungleichheit herrschen, dürfen wir nicht ruhen. Im Gegenteil, wir müssen noch stärker werden.“

Nelson Mandela im November 2006 anlässlich der Ernennung zum „Botschafter des Gewissens“ von Amnesty International

die Rachsucht kamen nicht in Form von blutigen Auseinandersetzungen zum Tragen. Gleichzeitig gelang es Mandela, der weißen Bevölkerung die Angst vor einer vermeintlich nun anstehenden Unterdrückung durch die Nicht-Weißen zu nehmen.

ausführlich über die nach wie vor diskriminierende Situation der dunkelhäutigen Bevölkerung im Bereich der Bildung. Dort herrscht ein offensichtlicher Mangel an Infrastruktur wie Straßen, Strom- und Trinkwasserversorgung. Dies trifft auch

auf den Bildungssektor zu: Bedingt durch die Tatsache, dass der dunkelhäutigen Bevölkerung im Apartheids-System nur ein niedriges Bildungsniveau zugestanden wurde, können viele der heutigen Lehrer nur eingeschränkt vorhandenes Wissen weitergeben. Die Eltern sind aufgrund dieser geringen Bildung meist arbeitslos und können ihre Kinder nicht auf bessere, weiter entfernte Schulen schicken. So wird der Mangel an Bildung und die Armut von Generation zu Generation weitergegeben. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist eine jahrzehntelange Mammutaufgabe, die einer kontinuierlichen Förderung bedarf.

Dieses Beispiel ließe sich beliebig auf weitere Bereiche des Lebens ausdehnen.

Michael Gybas

### Der lange Schatten der Apartheid

Die Aufarbeitung der Apartheid fand in der Wahrheits- und Versöhnungskommission statt (siehe hierzu den Artikel über Desmond Tutu in der „ANKLAGEN“-Ausgabe vom Herbst 2009 auf [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)).

Formal herrscht in Südafrika keine Diskriminierung mehr. Die Bürgerinnen und Bürger, gleich welcher Hautfarbe, sind gleichgestellt. In Sachen Menschenrechte ist die südafrikanische Verfassung eine der fortschrittlichsten weltweit.



Mandela und sein Vorgänger im Präsidentenam De Klerk erhalten den Friedensnobelpreis.

Quelle: Jack Lang: Nelson Mandela, Biographie, Patmos Verlag

# Opfer chinesischer Repression und westlicher Unaufmerksamkeit

Der Konflikt zwischen der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung und der Zentralregierung in Peking ist weltweit bekannt. Das brutale Vorgehen der chinesischen Regierung gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Provinz Tibet wird schon seit Jahren in den westlichen Medien scharf verurteilt. Das Schicksal der flächenmäßig größten chinesischen Provinz, Xinjiang, und der dort lebenden Uiguren hingegen findet im Westen kaum Aufmerksamkeit. Dabei hat die uigurische Bevölkerung mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie die Tibeter: Chinas repressive Politik gegenüber der muslimisch-turkstämmigen Volksgruppe führt dazu, dass die etwa zehn Millionen Uiguren aus Xinjiang bald eine Minderheit in ihrer Heimat sein werden.

Die Provinz Xinjiang – wörtlich „neues Land“ – ist eine autonome Region im Nordwesten der Volksrepublik China. Das Land hatte sich die Region des ehemaligen Ost-Turkestans nach Gründung der Volksrepublik 1949 einverleibt und 1955 zum „Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang“ erklärt. Insgesamt 22 Millionen Menschen, darunter fast zehn Millionen Uiguren, leben in dem Gebiet, das von der nach mehr Autonomie strebenden Volksgruppe selbst oft noch als Ost-Turkestan bezeichnet wird. Die Uiguren fühlen sich in kultureller sowie ethnischer Hinsicht den zentralasiatischen Staaten näher als der Volksrepublik China, welche stark repressiv und diskriminierend gegen sie vorgeht. Anders als Han-Chinesen, die etwa 90 Prozent der Bevölkerung Chinas ausmachen, gehören die Uiguren zur Familie der Turkvölker und sind mehrheitlich sunnitische Muslime. Über Jahrzehnte schon sind sie Chinas religiöser und kultureller Repression ausgesetzt, werden wirtschaftlich benachteiligt und bei jeglicher ihrer Aktivitäten intensiv kontrolliert.

## Zahlreiche Restriktionen

Die Uiguren werden bezüglich ihrer Meinungsäußerung, Religionsausübung und dem Zugang zur Bildung gegenüber den Han-Chinesen stark benachteiligt. Literatur und Gedichte, die politische Anspielun-

gen beinhalten, werden zensiert, Moscheen überwacht und sogar das individuelle Erscheinungsbild wird kontrolliert, so ein Bericht von Human Rights Watch. Des Weiteren dürfen Uiguren nicht in ihrer eigenen Sprache, dem zur Familie der Turksprachen gehörenden und mit modifiziertem persischen Alphabet geschriebenen Uigurisch, unterrichtet werden. Offizielle Unterrichtssprache an Schulen und Universitäten in Xinjiang ist Hochchinesisch. Insbesondere hinsichtlich ihrer religiösen Freiheiten ist das uigurische Volk systematischer Diskriminierung ausgesetzt – religiöse Aktivitä-

ten der Uiguren werden im Keim erstickt, weswegen allein in der Hauptstadt Ürümqi mehr als 55.000 Überwachungskameras installiert sind. Sogar Moscheebesuche werden seitens der chinesischen Zentralregierung eingeschränkt – Schüler, Beamte und alle unter 18 Jahren dürfen diese nicht betreten. In ihrer Begründung verweist die chinesische Regierung auf ihre Befürchtung, Moscheen könnten zu Zentren von Widerstandsbewegungen heranwachsen, in denen sich fundamentalistische Bestrebungen bündeln könnten. Angeblich religiöse Delikte und Vergehen gegen die



*Uigurisches Autonomes Gebiet Xinjiang*

*Quelle: <http://commons.wikimedia.org>*



*Uiguren in Kashgar, Xinjiang*

*Quelle: [www.amnesty.org](http://www.amnesty.org)*

Staatssicherheit enden nicht selten mit einer Deportation in Arbeitslager, die unter anderem zur Abgewöhnung muslimisch geprägter religiöser Praktiken dienen sollen. Zudem werden friedliche Aktivisten oft aus fadenscheinigen Gründen und meistens mit dem Vorwurf separatistischer Ambitionen inhaftiert und gefoltert.

### **Relevanz der Provinz Xinjiang**

Xinjiang hat nicht nur eine politische Bedeutung für China, sondern auch eine geostrategische und wirtschaftliche. Sechs Staaten grenzen an das autonome Gebiet, welches über riesige Öl- und Gasressourcen verfügt. Auch ist die Region reich an Bodenschätzen wie Kohle, Gold und Uran. Im Gegensatz zu den Han-Chinesen profitiert die uigurische Bevölkerung jedoch kaum von der wirtschaftlichen Entwicklung der Provinz und somit Chinas. Peking siedelt schon seit Jahren systematisch Han-Chinesen in seiner rohstoffreichen Grenzprovinz an, welche die dort lebenden Uiguren zunehmend an den Rand drängen. Der Anteil der Han-Chinesen an der Bevölkerung Xinjiangs ist enorm gestiegen: Nach nur knapp 4 Prozent im Jahr 1947 machen sie heute

über 40 Prozent der Bevölkerung aus. Bereits seit 1954 sichert sich Peking unter anderem durch die sogenannten Produktionsbrigaden (bingtuan) eine umfassende Kontrolle über Xinjiang. Diese bestehen zu 80 Prozent aus Han-Chinesen und sind mit autonomer Verwaltungsautorität über verschiedene Städte versehen. Ziel ist es, eine ausreichende Überwachung der Uiguren zu gewährleisten und die Provinz wirtschaftlich kontrolliert zu erschließen.

### **Gewaltsame Proteste und Terrorismus-Vorwurf**

Immer wieder kommt es zu Protestaktionen bis hin zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und der chinesischen Staatsgewalt. Besonders häufig wird von heftigen Zusammenstößen mit der Polizei berichtet. Im Juli 2009 sind bei Protesten in der Hauptstadt Ürümqi 197 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 1.600 wurden verletzt. Ursprung der Proteste war eine Online-Falschmeldung über die angebliche Vergewaltigung zweier Han-Chinesinnen durch Uiguren, woraufhin Han-Chinesen und Uiguren in einer Spielwarenfabrik nahe Hongkong aneinandergerieten und zwei beteiligte Uiguren starben. In

den darauf folgenden, zunächst friedlichen Demonstrationen forderten Uiguren in der Hauptstadt Xinjiangs die Aufklärung des Falles. Die Protestaktionen eskalierten jedoch schon bald zu gewalttätigen Ausschreitungen mit den Sicherheitskräften. Zahlreiche Uiguren wurden daraufhin inhaftiert und gefoltert.

Dies ist kein Einzelfall. In den letzten Jahren kam es regelmäßig zu Protesten, Anschlägen und Auseinandersetzungen mit den Han-Chinesen. Die chinesische Zentralregierung hat Aufstände stets blutig niederschlagen lassen und Uiguren besonders seit dem 11. September 2001 pauschal unter den Generalverdacht des Terrorismus gestellt. Die Regierung instrumentalisiert damit den „Krieg gegen den Terrorismus“ als Vorwand für das brutale Vorgehen gegen den Selbstbestimmungswunsch der Uiguren, mit der Behauptung, es handle sich dabei um islamistisch inspirierte Abspaltungsbewegungen. Die militante Islamische Bewegung Ost-Turkistan, ETIM (East Turkestan Islamic Movement) wurde von der UNO im Jahr 2002 zwar als Ableger des Terrornetzwerks al-Qaida eingestuft, handfeste Beweise zur Aktivität der Gruppe gibt es jedoch nicht. Unabhängige Experten gehen davon aus,



*Die Menschenrechtverteidigerin Rebiya Kadeer auf einer Veranstaltung von Amnesty International, 2011  
Quelle: Amnesty International*

dass China die Bedeutung der Splittergruppe bewusst überschätzt. Anfang 2007 wurde ein vermeintliches terroristisches Basislager der ETIM an der Südgrenze Xinjiangs von chinesischen Sicherheitskräften gestürmt, 18 Uiguren wurden dabei erschossen.

### **Weltkongresses der Uiguren**

Der Weltkongress der Uiguren bezweifelt, dass es in Xinjiang überhaupt organisierte extremistische Gruppen gibt. Bei dem Weltkongress der Uiguren handelt es sich um eine im Jahr 2004 durch Zusammenschluss mehrerer kleinerer Organisationen von Exil-Uiguren gegründete Organisation mit Sitz in München. Die Organisation vertritt die Auffassung, legitimer Vertreter der in Xinjiang lebenden Uiguren zu sein, wird von China allerdings als separatistische Bewegung eingestuft.

Rebiya Kadeer, seit 2006 Vorsitzende der Organisation und eine der bekanntesten Vertreterinnen der uigurischen Opposition, lebt im Exil in den USA. Wegen angeblichem Staatsgeheimnisverrats wurde sie 1999 zu acht Jahren Haft verurteilt. Nach sechs Jahren wurde jedoch nach internationalem Druck ihre Freilassung durchgesetzt: Condo-

leezza Rice, damalige US-Außenministerin, machte die Freilassung Kadeers zur Bedingung ihrer Pekingreise. Die chinesische Zentralregierung willigte ein, verlangte jedoch Stillschweigen über die Haftbedingungen der Uigurin. Kadeer redete nichtsdestotrotz offen über ihre Haft und entging Ende

### **Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen**

2005 nur knapp einem Mordanschlag. Nach den Unruhen im Juli 2009 bezichtigte Peking sie sogar der Anzettelung der erwähnten Proteste.



*Die Flagge der uigurischen Unabhängigkeitsbewegung ist in ganz China verboten. Manche bezeichnen sie nach wie vor auch als Nationalflagge Ost-Turkestans.*

*Quelle: <http://commons.wikimedia.org>*

derfolgende Kampagnen mit der Bezeichnung „Hartes Durchgreifen“ in den letzten Jahren massiv. Berichten zufolge wurden in der Provinzhauptstadt ganze Stadtviertel abgeriegelt und Kontrollpunkte

der Sicherheitskräfte eingerichtet. Noch härteres Durchgreifen seitens der Chinesen ist nach dem Vorfall am 28. Oktober 2013 in Beijing zu spüren – dort steuerte ein aus Xinjiang kommendes, mit Benzinkanistern gefülltes Auto auf dem Tiananmen-Platz direkt vor dem Kaiserpalast in eine Menschenmenge und ging in Flammen auf. Die drei Insassen und fünf weitere Menschen starben. Chinas Führung machte offiziell die ETIM verantwortlich und ließ daraufhin, nach Angaben des Uigurischen Weltkongresses, zahlreiche Uiguren festnehmen. Vermutet wird, dass die Insassen des Wagens Angehörige eines bei den Ausschreitungen in Ürümqi im Juli 2009 ums Leben gekommenen uigurischen Aktivisten waren. Die Uiguren in Xinjiang werden nun wohl mit noch mehr Einschränkungen konfrontiert – China hat bereits zu erhöhter Wachsamkeit im Kampf gegen Terror aufgerufen.

### **Eingeschränkter Informationsfluss**

Der Informationsfluss innerhalb Xinjiangs sowie nach außen ist stark beschränkt. Familienangehörige von inhaftierten Uiguren werden vielfach über deren Schicksal und Verbleib nicht benachrichtigt. Zudem wagen Betroffene aus Angst vor staatlichen Repressalien oftmals nicht, mit Menschen außerhalb Chinas zu kommunizieren. Das Schicksal vieler Uiguren, die willkürlicher Inhaftierung sowie unfairen Prozessen ausgesetzt sind, bleibt somit ungeklärt. Nur ein Beispiel unter vielen ist der 17-jährige Noor-UI-Islam Sherbaz. Laut einem Bericht, der Amnesty International vorliegt, starb dieser im November 2011, vermutlich an den Folgen der ihm im Gefängnis zugefügten Folter. Er wurde beschuldigt, bei den Protesten vom Juli 2009 Steine geworfen zu haben, und sollte mit einer lebenslangen Haftstrafe dafür büßen.

*Rebecca Koch*

# Unmenschliche Zustände auf Katars WM-Baustellen

Im reichen Katar schufteten Arbeitsmigranten unter unerträglichen Bedingungen auf den Baustellen für die Fußballweltmeisterschaft 2022. Sie arbeiten bei jeder Hitze bis zu 14 Stunden am Tag, wohnen in schäbigen Behausungen, werden um ihren Lohn gebracht und sind der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert.

Das Golfemirat Katar besitzt das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Von den etwa 230.000 katarischen Staatsangehörigen arbeiten ungefähr 70.000 Personen, die meisten beim Staat. Um eventuellen Protesten im Zuge des Arabischen Frühlings vorzubeugen, wurden im September 2011 die Gehälter sämtlicher Staatsbeschäftigter um 60 Prozent erhöht. So beginnt zum Beispiel ein Junglehrer mit einem Anfangsgehalt von umgerechnet 9.000 Euro im Monat. Die gute medizinische Versorgung steht kostenlos zur Verfügung, ebenso die Ausbildung. Hilfsbedürftige erhalten vom Staat feste Bezüge.

Von solchen Wohltaten können viele der rund 1,7 Millionen Gastarbeiter Katars nur träumen. Sie stammen vor allem aus Nepal, Pakistan und Indien, aber auch von den Philippinen, aus Sri Lanka, Bangladesch und den Ländern Nord- und Ostafrikas. Diese Arbeitsmigranten werden dringend im Bausektor, im Servicebereich und als Haushaltshilfen gebraucht: Praktische Arbeit ist nämlich im Emirat traditionell verpönt. Außerdem wäre Katars gigantisches Infrastruktur-Entwicklungsprogramm, das Schätzungen zufolge in den nächsten zehn Jahren über 220 Milliarden US-Dollar kosten wird, ohne die ausländischen Helfer gar nicht zu stemmen. Das Hauptprojekt ist die Fußballweltmeisterschaft 2022, die die FIFA im Jahr 2011 an Katar vergeben hat. Zu diesem Anlass werden Stadien, riesige Einkaufszentren, Wolkenkratzer sowie Straßen gebaut und Schienen verlegt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass dafür im Lauf der nächsten Dekade eine weitere Million Arbeitsmigran-

ten benötigt werden. Eine alarmierende Meldung, wenn man bedenkt, wie mit den ausländischen Arbeitern umgegangen wird. Viele von ihnen leben und arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen. Besonders weibliche Angestellte laufen Gefahr, Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen durch ihre Arbeitgeber zu werden. Bedingt durch den Bauboom sind in letzter Zeit die katastrophalen Zustände auf den Baustellen Katars in den Vordergrund gerückt. Im Amnesty-Bericht „The Dark Side of Migration: Spotlight on Qatar's Construction Sector Ahead of the World Cup“ vom Oktober 2013 wird anhand zahlreicher Beispiele dokumentiert, dass die Arbeitsmigranten zum Teil wie Sklaven gehalten werden.

## Die Hitze fordert Tote

In Katar kann es sehr heiß werden, im Sommer liegen die Temperaturen oft bei 45°C und darüber. Nicht ohne Grund kam Sorge um die WM-Fußballer auf. Während der Sommermonate verbieten die katarischen Behörden zwischen 11.30 und 15 Uhr das Arbeiten in Bereichen, die der Sonne ausgesetzt sind. Auf den Baustellen wird darauf keine Rücksicht genommen. Die Arbeitsmigranten müssen bis zu 14 Stunden am Tag arbeiten. Arbeiter aus Nepal berichteten Amnesty International, dass sie den ganzen Sommer

hindurch 12-Stunden-Schichten hatten. Zum Teil wird ihnen trotz der Hitze Wasser zum Trinken und Abkühlen verweigert. Einige Arbeiter aus Sri Lanka kritisierten, die Menge an bereitgestelltem Wasser sei viel zu gering gewesen, nur ein Tank für 3.000 Männer. Der Inhalt wurde wegen ungenügender Kühlung im Lauf des Nachmittags siedend heiß. Durch den Wassermangel und die Hitze erleiden die Arbeiter auf den Baustellen Hitzschläge, werden ohnmächtig oder sterben, weil ihr Herz den Belastungen nicht mehr standhält. Die nepalesische Botschaft berichtete Amnesty International, im Jahr 2012 seien 174 Arbeiter aus Nepal gestorben, davon 102 an Herzversagen, andere wegen schwerer Arbeitsunfälle, zum Beispiel durch Absturz aus großer Höhe. Nach Recherchen des britischen „Guardian“ sind allein im Zeitraum vom 4. Juni bis zum 8. August 2013 mindestens 44 nepalesische Arbeitsmigranten ums Leben gekommen, mehr als die Hälfte durch Herzinfarkt, Herzversagen oder bei Unfällen auf den Baustellen.



*Die Arbeiterunterkünfte sind schäbig, trotz der extremen Hitze oft ohne funktionierende Klimaanlage und völlig überbelegt. Manche Arbeiter schlafen in Schichten.*

© Amnesty International



*Die sanitären Anlagen sind in desolatem Zustand.*

© Amnesty International

### **Gnadenlos den Arbeitgebern ausgeliefert**

Die Gastarbeiter werden häufig mit falschen Versprechungen nach Katar gelockt. Kaum angekommen wird ihnen der Pass abgenommen und der ursprünglich ausgehandelte Arbeitsvertrag ist nichts mehr wert. Stattdessen warten auf die Arbeiter ausbeuterische Arbeitsbedingungen, weniger Bezahlung als vereinbart und miserable Zustände in den Unterkünften, oft ohne Elektrizität, sauberes Wasser und funktionierende sanitäre Einrichtungen. Wehren können sie sich nicht, sie sind ihren Arbeitgebern ausgeliefert. Nach dem so genannten Sponsorengesetz von 2009 dürfen ausländische Angestellte ohne Erlaubnis ihres Arbeitgebers, des „Sponsors“, weder einen anderen Arbeitsplatz suchen noch das Land verlassen. Die Arbeitgeber können dagegen ihre Angestellten ohne deren Zustimmung an andere Firmen ausleihen. Die „Sponsoren“ haben somit einen enormen Einfluss auf das Leben der Gastarbeiter, selbst über Aktivitäten in der Freizeit bestimmen sie mit, ohne ihr Einverständnis dürfen Arbeitsmigranten zum Beispiel nicht einmal Fahrstunden nehmen. Die „Sponsoren“ müssen für die Unterkunft und Verpflegung der Gastarbeiter sorgen und sind auch für die Aufenthaltspapiere zuständig, die sie rechtzeitig verlängern lassen müssen. In vielen Fällen versäumen sie dies jedoch, wodurch die ausländischen Angestellten unverschuldet in die Illegalität geraten und Gefahr laufen, inhaftiert zu werden. Wer versucht, den unmenschlichen Bedingungen zu

entfliehen, wird hart bestraft: Den „ausgebrochenen“ Angestellten, so die Terminologie der katarischen Regierung, drohen hohe Geldstrafen, Haft oder Abschiebung.

### **Zum Lohnverzicht gezwungen**

Viele Arbeiter erhalten ihren Lohn mit monatelanger Verspätung oder gar nicht. Da ihre Familien im Heimatland fast alle auf Geldüberweisungen angewiesen sind – sei es für die Abzahlung eines Hauses oder für das tägliche Leben – spielen sich oft Tragödien ab. Fast ein Drittel der Einkommen in Nepal stammt beispielsweise aus solchen Transferleistungen. Amnesty International hat mit Migranten gesprochen, die angesichts ihrer Lage und vor Sorge um ihre Familien völlig verzweifelt waren. Einige von ihnen arbeiteten bei „Krantz Engineering“, einem Unternehmen aus Deutschland, das als Subunternehmer unter anderem für „SEG Qatar“ tätig war. In Katar arbeiten neben inländischen Baukonzernen auch Firmen aus China, Saudi-Arabien und Europa – ein Geflecht von gegenseitigen Abhängigkeiten, die sich für die Gastarbeiter oft fatal auswirken. Auf einer Baustelle etwa 50 Minuten nördlich der Hauptstadt Doha beschäftigte „Krantz Engineering“ seit 2010 rund 250 Arbeiter. Sie waren es gewohnt, auf ihren Lohn warten zu müssen. Der Alb-

traum begann, als die Firma die Zahlungen im Juli 2012 völlig einstellte. „SEG Qatar“ habe nicht bezahlt, so ein Krantz-Manager. Als im November die Arbeiter immer noch nicht entlohnt worden waren, entschlossen sie sich zum Streik. Krantz reagierte prompt mit einer schriftlichen Abmahnung: Wer nicht zum Arbeiten erscheine, müsse sieben Dollar Strafe pro Tag bezahlen. Einige Männer beschwerten sich bei den katarischen Behörden, allerdings ohne Erfolg. Gewerkschaftlichen Beistand hatten die Arbeiter auch nicht, in Katar gibt es nur politisch unbedeutende „Arbeiterkomitees“, die nicht für Arbeitsmigranten tätig werden dürfen.

Etliche Arbeiter wollten unter diesen Umständen so schnell wie möglich zurück in ihr Heimatland. Doch durch das Sponsorengesetz waren sie auf die Gutwilligkeit der Firma Krantz angewiesen. Diese wollte den Arbeitern die Pässe aber nur gegen Bezahlung einer Strafe von jeweils 820 Dollar zurückgeben. Die Kosten waren angefallen, weil die Firma versäumt hatte, die Aufenthaltsgenehmigungen verlängern zu lassen. Die Arbeiter baten das Innenministerium um Unterstützung bei ihrer Ausreise – ohne Erfolg. Sie sollten mit den Pässen wiederkommen, so die zynische Aufforderung. Einige Inder und Nepalesen wandten sich an ihre Botschaften. Doch obwohl diese das Vorgehen der Fir-



*Arbeiter aus Sri Lanka und Indien warten im Justizministerium, wo sie Papiere unterschreiben müssen, in denen fälschlicherweise behauptet wird, sie hätten ihren Lohn erhalten.*

© Amnesty International

ma aufs Schärfste verurteilen, bekamen die Arbeiter ihre Pässe nicht zurück. Einige Arbeitsmigranten gaben gegenüber Amnesty International an, sie hätten schriftlich den Erhalt ihrer Löhne bestätigen müssen, um endlich ausreisen zu können. Offensichtlich kein Einzelfall: Amnesty International wurde Zeuge, wie einige Arbeiter aus Sri Lanka und Indien, die bei der indisch-katarischen Firma ITC angestellt waren, vor Vertretern des Justizministeriums Papiere unterzeichneten, in denen fälschlicherweise behauptet wurde, ITC hätte ihnen ihren Lohn bezahlt. Nur so kamen die Männer zu der ersehnten Ausreiseerlaubnis.

Erst im Juli 2013, nach einem Jahr ohne Bezahlung, verließen die letzten betrogenen Krantz-Arbeiter das Land. Sie hatten um ihren Lohn gekämpft, obwohl die Firma in den Unterkünften den Strom abschalten ließ und ab April 2013 auch kein Essen mehr lieferte. Einige Arbeiter mussten sogar eine Zeitlang ins Gefängnis, weil sie von der Polizei ohne gültige Papiere aufgegriffen worden waren.

## Gefährliche Arbeit ohne Krankenversicherung

Die Arbeit auf den Baustellen ist wegen der extrem harten Arbeitsbedingungen und der mangelnden Sicherheitsvorkehrungen höchst gefährlich. Im Jahr 2012 stürzten mehr als 1.000 Arbeiter von Baugerüsten, zehn Prozent davon sind deswegen dauerhaft behindert. Um in den Besitz einer Gesundheitskarte und damit in den Genuss der staatlichen medizinischen Versorgung zu kommen, brauchen ausländische Arbeitnehmer eine gültige Aufenthaltsgenehmigung. Viele Arbeitgeber verweigern ihren Arbeitern aber die Papiere bzw. verlängern sie nicht, angeblich weil sie die Kosten dafür nicht aufbringen können. Dies führt zu der fatalen Situation, dass die Ar-

beitsmigranten im Krankheitsfall nicht abgesichert sind, nur eine Notfallversorgung wird ihnen gewährt. Um nicht für die Krankheitskosten aufkommen zu müssen, versuchen die Firmen, verletzte und kranke ausländische Mitarbeiter ins Heimatland abzuschieben. Im Juni letzten Jahres präsentierte die katarische Regierung stolz ein neues Gesetz, das 2016 in Kraft treten soll und demzufolge die Arbeitgeber schon bei der Beantragung der Aufenthaltsgenehmigung den Beitrag zu einer umfassenden Krankenversicherung für ihre Arbeiter bezahlen müssen. Diese Versicherung soll im Gegensatz zur im Moment noch gültigen Gesundheitskarte alle Krankheiten abdecken. Das eigentliche Problem ist damit aber nicht gelöst: Da durch die neue Regelung die Aufenthaltsgenehmigung teurer wird, werden sich mehr Arbeitgeber vor der Bezahlung drücken – es wird also in Zukunft noch mehr Arbeitsmigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung und damit ohne Anspruch auf medizinische Versorgung geben.

## Auch die FIFA ist gefordert

Amnesty International fordert von der Regierung Katars, das Sponsorengesetz abzuschaffen, Mindestlöhne für Arbeitsmigranten einzuführen und das Arbeitsrecht so zu verbessern, dass die Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation erfüllt sind. Die Regierung muss dafür sorgen, dass sich die Firmen an Gesetze und Verträge halten. Auch die Heimatländer der



*Vor den Schlafräumen der Arbeiter stapelt sich der Müll.*

© Shainal Dalab – amnesty.org



*Die Küche in einer der Unterkünfte: Statt einer Klimaanlage ein mit Brettern verkleidetes Loch – das Abwasser fließt nicht ab, so dass der Boden teilweise unter Wasser steht.*

© Amnesty International

Migranten tragen Verantwortung, sie sollten ihre Bürger über die Situation in Katar aufklären. Und nicht zuletzt ist auch der Weltfußballverband gefordert. Konfrontiert mit den Berichten äußerte Präsident Sepp Blatter zwar seine Besorgnis, gleichzeitig stellte er aber klar, für die Zustände seien die katarische Regierung und die Firmen verantwortlich, die FIFA sei nicht in der Lage, „tatsächlich Veränderungen zu bewirken“. Bei einem „Höflichkeitsbesuch“ in Katar würde er dieses Problem ansprechen, die WM 2022 habe für die FIFA aber nicht „erste Priorität“, es sei noch viel Zeit, schließlich gebe es vorher noch die beiden Fußballweltmeisterschaften in Brasilien und Russland. Die Arbeitsmigranten dürften das völlig anders sehen. Für sie ist jeder Tag in dieser Knechtschaft einer zu viel – und es geht oft ums Überleben. Nach Prognosen des Internationalen Gewerkschaftsbunds werden bis 2022 noch weitere 4.000 Arbeiter auf den WM-Baustellen Katars sterben, wenn sich nichts an den Zuständen ändert.

Eva Scheerer



onen mit den dortigen FARC-Einheiten gekommen sein.

**Nachbarstaaten:** Im Zuge der Bekämpfung der bewaffneten Gruppen im Land kam es im Rahmen von Militäraktionen schon mehrmals zu Grenzverletzungen durch die kolumbianische Armee. Dies führte in der Vergangenheit zu diplomatischen Spannungen bis hin zu der Androhung von Krieg. Linksgerichteten Regierungen, wie zum Beispiel der von Venezuela, wird eine gewisse Verbindung zu den Guerillaeinheiten nachgesagt. Sie gelten als deren Rückzugsgebiet. Zudem wurde Venezuela bei Verhandlungen um Geiselnbefreiungen schon mehrmals als Vermittler eingeschaltet.

**USA:** Die Interessen der USA in Kolumbien sind mannigfaltig. Die Guerillagruppen werden als Terrororganisationen eingestuft und sollen im Rahmen des weltweiten Kriegs gegen den Terrorismus bekämpft werden. Aufgrund der engen Verflechtungen der Konfliktparteien mit Drogenanbau und -handel hoffen die USA, durch deren Bekämpfung auch den Drogenmissbrauch im eigenen Land mindern zu können. Nicht zuletzt wird Kolumbien als strategischer Partner in Südamerika gesehen, bedingt auch durch die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren in einigen anderen südamerikanischen Ländern Regierungen aus dem linken Lager an die Macht kamen, so wie in Venezuela und Bolivien. Die USA unterstützen daher Kolumbien mit umfangreicher militärischer, finanzieller und logistischer Hilfen (siehe hierzu auch der Artikel in der Ausgabe der „ANKLAGEN“ vom Sommer 2006 auf [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)). So ist zum Beispiel davon auszugehen, dass die Befreiungsaktion von Ingrid Betancourt (siehe „ANKLAGEN“ vom Winter 2009 auf [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)) ohne

## Die lange Historie des Konflikts

### Die Entstehung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien hatte ihren Ursprung im Jahr 1946. Im Folgenden ein Überblick über einige wichtige Ereignisse:

**1946**

Die konservative Partei kommt an die Macht. Grundbesitzer beginnen, den Bauern Land wegzunehmen.

**1948**

Der Präsidentschaftskandidat der liberalen Partei wird ermordet. Im ganzen Land brechen Unruhen aus, bei denen bis 1958 ca. 300.000 Menschen sterben.

**1949**

Bauern gründen „unabhängige Republiken“ in einigen abgelegenen Landesteilen.

**1964**

Kolumbianisches Militär bombardiert eine dieser „unabhängigen Republiken“, ein FARC-Vorläufer, der Bloque Sur, wird gegründet.

**1965**

Gründung der ELN

**1976**

Erste Entführung durch die FARC

**1984**

Als Folge von Friedensgesprächen gründet sich ein politischer Arm der FARC, die UP. In den Folgejahren werden mehrere Hundert Mitglieder der UP von Paramilitärs ermordet.

**1988**

Friedensgespräche unter Führung von Präsident Andres Pastrana

**1997**

Gründung der AUC

**2006**

Die Regierung erklärt offiziell die AUC für demobilisiert.

**2012**

Beginn der Friedensverhandlungen mit der FARC

massive Hilfe der USA gar nicht hätte stattfinden können, da Kolumbien selbst nicht über die nötigen infrastrukturellen Mittel verfügt. Bei der Geiselnbefreiung hatten sich Soldaten der kolumbianischen Armee als Rot-Kreuz-Mitarbeiter verkleidet und dadurch die Neutralität der Organisation erheblich verletzt.

### Regierung, Verwaltung und Militär:

Rein zahlenmäßig ist die kolumbianische Armee mit ca. 300.000 Soldaten den bewaffneten Gruppierungen weit überlegen. Es dürfte aber klar sein, dass dieser Konflikt nicht mit militärischen Mitteln zu gewinnen ist. Zudem bestanden und bestehen enge Verknüpfungen zwischen der Regierung bzw. den Verwaltungseinheiten und den bewaffneten Gruppierungen, in erster Linie der früheren AUC. Außerdem ist Korruption weit verbreitet. So verkaufte zum Beispiel der inzwischen aufgelöste kolumbianische Geheimdienst DAS Informationen an die Paramilitärs und die Drogenkartelle. Der UN-Sonderberichterstatter Philip Alston warf den kolumbianischen Streitkräften Ende Mai 2010 vor, insgesamt über 3.000 Zivilpersonen, davon in den vergangenen zehn Jahren bis zu 2.000, getötet zu haben, um sie dann als Rebellen zu deklarieren und dafür ein von der Regierung ausgesetztes Kopfgeld zu kassieren. Die kolumbianische Regierung sprach dagegen von Einzelfällen.

### Die Zivilbevölkerung als Leidtragende des Konflikts

Die bewaffneten Gruppierungen begingen massive Menschenrechtsverletzungen, wie die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten, Entführungen, Vergewaltigungen, Attentate sowie Vertreibungen und Massaker an der Zivilbevölkerung. Aber auch die kolumbianische Armee ist immer wieder in solche Men-



*Friedensmarsch in Kolumbien*

*Quelle: <http://delocombia.files.wordpress.com>*

schenrechtsverletzungen verwickelt, beispielsweise wenn bei der Bekämpfung der Guerilla Zivilisten exekutiert werden.

Aufgrund des Konflikts entstehen in Kolumbien riesige Flüchtlingsströme. Zusätzlich zu den schätzungsweise eine Million Kolumbianern, die in den vergangenen Jahren in Europa, den USA und anderen lateinamerikanischen Ländern Zuflucht fanden, gab es innerhalb Kolumbiens Ende 2010 nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) rund 3,6 Millionen Binnenflüchtlinge. Bei einer Gesamteinwohnerzahl von 46,5 Millionen entspricht dies rund 8%. Andere Schätzungen gehen von bis zu 5,7 Millionen Binnenflüchtlingen aus.

Die folgenden Zahlen verdeutlichen die Schwere der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien:

- Zwischen 1958 und 2012 kamen mindestens 520.000 Menschen ums Leben, der Großteil davon Zivilisten. Auf jeden toten Kämpfer kommen vier tote Zivilisten, darunter auch zahlreiche Gewerkschafter, Menschenrechtler und NGO-Aktivisten.

- Für die Jahre zwischen 1985 und 2012 muss folgende traurige Bilanz gezogen werden:

- Statistisch gesehen wurden jede Stunde 26 Personen zu Flüchtlingen, weil sie gezwungen worden waren, ihr Land zu verlassen. Bis zu acht Millionen Hektar Land mussten dadurch zurückgelassen werden.

- 1.750 Menschen, meist Frauen, wurden Opfer sexueller Gewalt.

- 6.425 Jugendliche und Kinder wurden von den bewaffneten Gruppen rekrutiert.

- Statistisch gesehen wurde in diesem Zeitraum täglich ein Zivilist oder Soldat durch eine Landmine getötet

- Zwischen 1976 und 2012 kam es zu 27.000 Entführungen.

- 25.000 Personen gelten als vermisst.

### **Friedensverhandlungen mit der FARC**

Durch gezielte Attacken wurde die FARC in den letzten Jahren erheblich geschwächt. Mehrere Komman-



*Obne Hilfe der USA hätte vermutlich die Politikerin Ingrid Betancourt im Sommer 2008 nicht aus der Geiselhaft der FARC befreit werden können.*

*Quelle: [topnews.in](http://topnews.in)*

deure wurden getötet. Die Zahl der Kämpfer verringerte sich drastisch. Anfang 2012 kündigte die FARC an, in Zukunft auf Geiselnahmen zur Geldbeschaffung zu verzichten. Im Oktober 2012 kam es schließlich unter norwegischer Vermittlung in Oslo zu ersten Friedensgesprächen zwischen der kolumbianischen Regierung und FARC-Vertretern.

Am 15 November 2012 begannen die Friedensverhandlungen in der kubanischen Hauptstadt Havanna. Neben Norwegen sind auch die Regierungen von Kuba, Venezuela und Chile an den Verhandlungen beteiligt. Konkret wird um fünf Punkte verhandelt:

1. eine umfassende Politik für landwirtschaftliche Entwicklung,
2. die politische Einbeziehung der ehemaligen KämpferInnen,
3. das Ende des bewaffneten Konflikts,
4. die Lösung des Problems der illegalen Drogen,
5. die Entschädigung der Opfer.

Besonders die Verhandlungspunkte 1 und 5 dürften sich in der Praxis als große Hürde erweisen. Die kolumbianische Regierung verabschiedete im Jahre 2011 das sogenannte Opfer- und Landrückgabegesetz (Ley 1448 de víctimas y restitución de tierras en Colombia). Seitens des Präsidenten Juan Manuel Santos wurde dies als Zeichen des guten Willens titulierte. Das Ziel des Gesetzes ist es, den Opfern des bewaffneten Konflikts Entschädigung

zukommen zu lassen. Dies bezieht sich vor allem auf Landbesitz von Kleinbauern, die wegen des Konflikts gezwungen waren, ihr Land zu verlassen, und daraufhin von Großgrundbesitzern und ausländischen Konzernen enteignet wurden.

Dies steht im krassen Gegensatz zur neoliberalen Ausrichtung der Politik der vergangenen Jahre. Mehrere Freihandelsabkommen waren unterzeichnet worden, die die Kleinbauern gegenüber der übermächtigen Konkurrenz aus Europa und den USA mit ihren stark subventionierten Produkten extrem benachteiligten.

Im Zuge des Biospritbooms hatte sich auch Kolumbien ehrgeizige Ziele gesetzt und für den Anbau ölhaltiger Palmpflanzen geworben. Dabei

wurden ökologische wertvolle Flächen umgewandelt und die vorher ansässige indigene Bevölkerung gewaltsam vertrieben. Die wenigen Kleinbauern, die bisher im Zuge des neuen Gesetzes ihr Land zurückerhielten, berichteten von Gewaltandrohungen, wenn sie ihr Land nicht wieder verließen. Zudem ist es für sie nahezu unmöglich, Kredite zu erhalten, um sich ihre Existenz wieder aufzubauen.

Selbst wenn die Gespräche mit der FARC zum Erfolg führen, bestehen noch zahlreiche Hindernisse. Dies sind zum einen die Aktivitäten der „Bacrim“, die, wie schon 1984, jeglichen Versuch der politischen Einbeziehung der ehemaligen Kämpfer durch Mordanschläge zu-

nichte machen könnten. Zudem müssten mit der ELN, der zweitgrößten Guerillagruppe in Kolumbien ebenfalls Friedensverhandlungen geführt werden. Derzeit befinden sich diese in der Vorbereitung.

Die Entwaffnung der Konfliktparteien kann aber nur ein erster Schritt sein. Viele Hintergründe des Konflikts sind tief verwurzelt im kolumbianischen Sozialsystem, das als eines der ungerechtesten in Lateinamerika gilt, mit immer größer werdenden Unterschieden zwischen Reich und Arm. Weitere Schritte wie die Bekämpfung von Korruption und sozialer Ungerechtigkeit, die Stärkung des politischen und juristischen Systems sowie eine Stärkung des Demokratieverständnisses müssen dem zwangsläufig folgen.

*Michael Gybas*

## Menschenrechtsverletzungen, die die Welt im Jahr 2013 bewegt haben

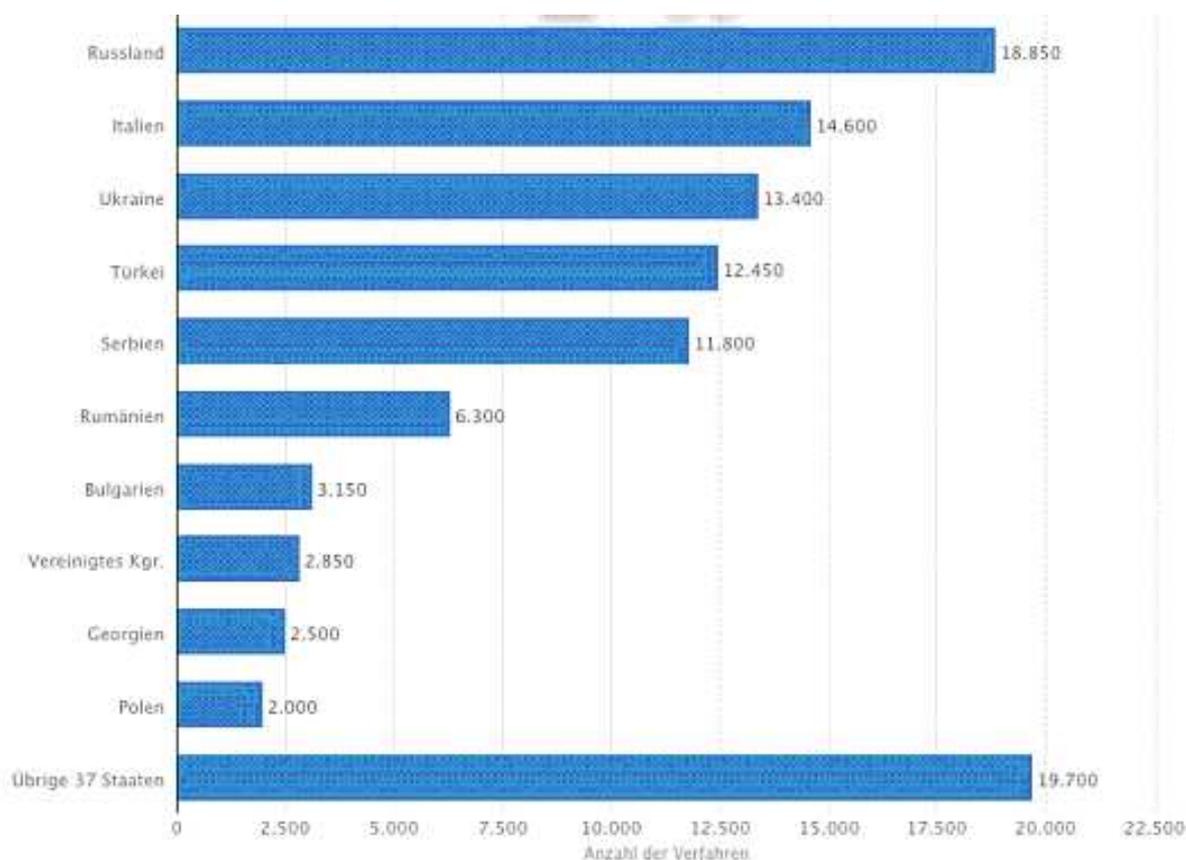
Am 10. Dezember 2013, dem Tag der Menschenrechte, jährte sich ein wichtiges Ereignis zum 65. Mal: 1948 einigten sich die damals 56 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf einen gemeinsamen Katalog von Grundrechten basierend auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sollte ein Wertesystem darstellen, das für alle Menschen gilt – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, sexueller Orientierung, sozialem Status oder politischer Überzeugung. So war die Intention und vieles von dem, was in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 festgelegt wurde, ist heute völkerrechtlich bindendes Menschenrecht. Dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) zufolge ha-

ben alle Staaten mindestens eine und 80% der Staaten mehr als vier der grundlegenden Menschenrechtskonventionen unterzeichnet. Des Weiteren engagiert sich ein weitgefächertes Netz aus Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen und Individuen weltweit unermüdlich und kontinuierlich für den Schutz der Menschenrechte.

Jedoch wäre es ein Irrglaube anzunehmen, dass somit das Ziel der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten erreicht sei. Ebenso unermüdlich und kontinuierlich verletzen viele Regierungen, sowohl demokratischer wie auch autoritärer Staaten, die Menschenrechte ihrer Bürger.

So kommt es 65 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte immer noch weltweit zu schwersten Menschenrechtsverletzungen. Dabei

verharrt die Zahl der Menschenrechtsverletzungen auf hohem Niveau. Im „Jahresbericht 2013“ beurteilt Amnesty International die Menschenrechtslage des Jahres 2012 in 159 Ländern: In 112 Staaten dokumentierte die Nichtregierungsorganisation Folter und Misshandlungen, in 101 Staaten Einschränkungen der Meinungsfreiheit. 21 Regierungen hätten im Jahre 2012 Menschen hinrichten lassen, 57 Staaten gewaltlose politische Gefangene in Haft gehalten. Zudem kritisiert die Menschenrechtsorganisation die prekäre Situation von Flüchtlingen vor allem im Bürgerkriegsland Syrien und die derzeitige Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR waren 2012 weltweit 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als 15 Millionen gelten auf Grundlage der Genfer Flüchtlings-



*Anhängige Verfahren am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 2013*

konvention als anerkannte Flüchtlinge. Und auch ein Blick auf das zurückliegende Jahr 2013 lässt keine große Verbesserung zum Vorjahr erkennen:

2013 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die meisten Grundrechtsverletzungen festgestellt. In 129 Urteilen entschieden die Richter in Straßburg gegen Moskau. Gegen Moskau waren Ende Oktober 2013 mit 18.850 auch die meisten Beschwerden anhängig. Zumeist geht es um entführte und verschwundene Zivilisten in Tschetschenien. Dicht dahinter auf Platz zwei liegt die Türkei mit 124 Urteilen wegen Konflikten in Kurdengebieten. Aber auch Deutschland steht auf der Liste, wenn auch weit hinten. Es gab lediglich sechs Urteile mit nur drei Verletzungen der Menschenrechtskonvention. Dabei ging es hauptsächlich um die Sicherungsverwahrung.

Im Folgenden ein kurzer, wenn auch unvollständiger Überblick über Menschenrechtsverletzungen, welche die Welt im Jahr 2013 bewegt haben:

### **Türkei: Proteste im Gezi Park**

Proteste gegen ein Bauprojekt im Istanbuler Gezi-Park hatten im Juni in der Türkei landesweite Unruhen ausgelöst, in deren Verlauf sechs Menschen starben.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tyyip Erdogan warf den Demonstranten vor, sie seien „Plünderer“ und wollten seine Regierung mit Straßengewalt zu Fall bringen.

Während der Proteste wurden durch den Einsatz von scharfer Munition, Tränengas, Wasserwerfern, Plastikgeschossen und Schlagstöcken mindestens 8.000 Menschen verletzt. Der Tod von mindestens drei Demonstranten könne laut Amnesty direkt auf den Einsatz von ex-

zessiver Gewalt durch die Sicherheitskräfte zurückgeführt werden. Darüber hinaus dokumentierte Amnesty sexuelle Übergriffe von Polizisten gegen Demonstrantinnen. Die türkische Justiz ermittelte offensichtlich nicht ernsthaft gegen die Verantwortlichen der Polizeigewalt. Stattdessen wurden gegen die Demonstranten und die Organisatoren der Proteste viele Verfahren eingeleitet, zum Teil mit absurden Vorwürfen.

### **Demonstrationen in der Ukraine**

Wenn man Ukraine und Menschenrechtsverletzungen hört, kommt einem nicht nur die willkürliche und rechtswidrige Untersuchungshaft von Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko und die gegen sie verhängte siebenjährige Haftstrafe im Jahr 2011 in den Sinn. In den letzten Monaten kommen fast täglich immer neue Informatio-

nen zur Menschenrechtslage in der Ukraine ans Licht. Derzeit finden in der Ukraine die heftigsten Proteste seit der „Orangen Revolution“ von 2004 statt. Hunderttausende Demonstranten kämpfen für einen europäischen Kurs und gegen eine Orientierung gen Russland. Nach zunächst friedlichen Protesten war es bei Demonstrationen zu massiver Gewalt gekommen. Mitte Februar diesen Jahres wurden bei blutigen Zusammenstößen von Regierungsgegnern mit der Polizei in Kiew auf beiden Seiten mindestens 77 Menschen getötet, mehr als 500 wurden verletzt. Ein entführter ukrainischer Demonstrant hat seinen Peinigern nach seiner Freilassung schwere Misshandlungen vorgeworfen. „Sie haben mich gekreuzigt. Sie haben meine Hände durchstoßen“, sagte der 35-jährige Dmitro Bulatow im Fernsehen. Die Polizei hat ihr Vorgehen gegen die Demonstranten zuletzt verschärft und Oppositionsgruppen zufolge inzwischen etwa 20 Menschen festgenommen. Und auch das Beispiel Julia Timoschenko zeigt, dass alle Kritik aus der EU und alle Rügen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht ausreichen. Ende November waren im ukrainischen Parlament sämtliche Gesetzesentwürfe abgeblockt worden, die eine Behandlung der erkrankten und inhaftierten Oppositionsführerin im Ausland ermöglicht hätten. Obwohl dies eine Bedingung der EU für ein Assoziierungsabkommen war, hat Präsident Janukowitsch diese Forderung auf Drängen Russlands nicht erfüllt.

Die UNO fordert eine unabhängige Untersuchung der Berichte über Entführungen und Folter in der Ukraine. Und auch der deutsche Bundestag gab im Januar 2014 eine Presseerklärung heraus, in welcher er mitteilte, dass die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen nötig, jedoch erst nach einer Stabilisierung der dortigen politischen Lage möglich sei.

Momentan scheint es, als ob die Demonstranten ihr Ziel erreicht haben. Am 21. und 22. Februar 2014



*Vorbereitung einer Steinigung*

überschlugen sich die Ereignisse: Zuerst erklärte der ukrainische Parlamentschef und Vertraute von Staatschef Janukowitsch, Wladimir Rybak, seinen Rücktritt. Dann wechselten die ukrainischen Sicherheitsorgane des Innenministeriums in Kiew offiziell auf die Seite der Opposition. Am Mittag des 22. Februars wurde ein Vertrauter der inhaftierten ukrainischen Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, Alexander Tjurttschjanoi, zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Wenige Stunden später kam Julia Timoschenko frei. Nachdem das ukrainische Parlament Präsident Viktor Janukowitsch für abgesetzt erklärt und Neuwahlen für den 25. Mai angeordnet hatte, erklärte Timoschenko, dass sie bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren wolle.

Es bleibt derzeit zu hoffen, dass es bei dieser positiven Entwicklung bleibt, denn formal gesehen ist Janukowitsch noch Präsident. An dieser Tatsache kann nur ein juristisch korrektes Amtsenthebungsverfahren etwas ändern.

#### **Afghanistan erwägt, Steinigungen wieder einzuführen**

2013 wurde in Afghanistan das Strafgesetzbuch des Landes aus dem Jahre 1976 von der Regierung Karsai überarbeitet. Im Zuge der Reform schlug eine Arbeitsgruppe im Justizministerium die Bestrafung durch Steinigung für „moralische Verbrechen“ wie außerehelichen Geschlechtsverkehr vor. Der Entwurf der entsprechenden Klausel sieht die Todesstrafe durch Steinigung vor, wenn mindestens einer der Sexualpartner durch den Geschlechtsverkehr Ehebruch begeht.

Wenn beide unverheiratet sind, soll die Strafe 100 Peitschenhiebe betragen. Und diese Strafen sollen – wie einst unter dem Taliban-Regime – öffentlich vollstreckt werden.

#### **Weiter schwere Menschenrechtsverletzungen im Iran**

Auch nach der Wahl des neuen Präsidenten Hassan Rohani begeht der Iran weiter schwerste Menschenrechtsverletzungen.

Laut einem Bericht des zuständigen UN-Sonderberichterstatters Ahmed Shaheed gebe es keine Anzeichen der Verbesserung in den von der Weltorganisation beanstandeten Bereichen. Zwischen Januar 2012 und Juni 2013 seien 724 Hinrichtungen durchgeführt worden, die meisten wegen Drogenhandels. Shaheed forderte Teheran erneut auf, Rechtsverstöße im Zusammenhang mit Drogen nicht mehr als Kapitalverbrechen zu ahnden, ein Verbot öffentlicher Exekutionen, darunter Steinigungen, und eine Begrenzung der Todesstrafe auf solche Verbrechen, die auch nach internationalem Recht als schwere Verbrechen gelten. Auch die Meinungs- und Pressefreiheit im Iran wird durch Inhaftierungen von Journalisten und scharfe Restriktionen der Medien, vor allem der Online-Medien, verletzt. Im Jahre 2013 seien mindestens 40 Journalisten und 29 Internetnutzer festgenommen worden. Allein im Juli 2013 seien 67 Internetcafés von den Behörden geschlossen worden. Der iranische Präsident Rohani kündigte Verbesserungen an.

Es bleibt zu hoffen, dass neben dem iranischen Präsidenten auch andere Regierungen ein Einsehen haben und eine Verbesserung der Menschenrechtslage in ihrem Land anstreben. Jedoch zeigt ein Blick auf Ägypten, dass es noch ein weiter Weg ist, denn die Lage ist nicht besser geworden: Auch drei Jahre nach dem Sturz von Mubarak gibt es keine menschenrechtlichen Reformen.

*Frauke Bräuning*



*Düstere Wolken über dem Bolschoi-Eispalast in Sotschi – auch die Menschenrechtsbilanz, die Amnesty International am Ende der Spiele zieht, ist düster.*

© LOIC VENANCE/AFP/Getty Images

## **Amnesty International zieht ernüchternde Bilanz der Olympischen Spiele**

Am Ende der Olympischen Winterspiele am 23. Februar 2014 wies Amnesty International auf die anhaltende Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Russland hin und forderte vom IOC Konsequenzen für künftige Spiele.

„Die Freilassungen gewaltloser politischer Gefangener vor Olympia haben sich als Menschenrechtskosmetik erwiesen. Während der Spiele haben die russischen Behörden ihr ungeschminktes Gesicht gezeigt“, sagt Peter Franck, Russlandexperte von Amnesty International.

Enttäuscht zeigt sich Amnesty International vom Internationalen Olympischen Komitee. „Das IOC hat die Gelegenheit verpasst, sich klar zu den mit fadenscheinigen Vorwürfen begründeten Festnahmen von Umweltaktivisten und den Frauen von ‚Pussy Riot‘ zu äußern. Sotschi hat erneut bewiesen, wie wichtig es ist, künftig vor der Vergabe Olympischer Spiele Menschenrechtskriterien aufzustellen und deren Einhaltung im Zusammenhang mit den Spielen zu überwachen.“

„Insgesamt konnten wir in Russland keine positive Entwicklung während der Spiele beobachten. Behörden und Gerichte schreckten auch unter den Augen der internationalen Öffentlichkeit nicht davor zurück, vor Ort tätige Umweltaktivisten wie Jewgeni Witischko und Igor Karschenko in Haft zu nehmen, um sie mundtot zu machen“, sagt Franck. Bevor die Aktivisten der Öffentlichkeit am 5. Februar einen Bericht über die ökologischen Auswirkungen der Olympia-Bauten vorstellen konnten, waren sie wegen Ordnungswidrigkeiten inhaftiert worden. Zusätzlich verfügte ein Gericht, dass Jewgeni Witischko eine zunächst zur Bewährung ausgesetzte dreijährige Freiheitsstrafe antreten muss. Sie war wegen geringfügigen Sachbeschädigungen während

einer Protestaktion bereits im Juni 2012 verhängt worden. Amnesty International sieht ihn als gewaltlosen politischen Gefangenen an und fordert seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

„Die russische Führung hat selbst dafür gesorgt, dass ihr Kalkül, die Olympischen Spiele würden die schlechte Menschenrechtslage im Land überstrahlen, nicht aufgegangen ist. Mehr als 336.000 Menschen haben sich einem von Amnesty initiierten Aufruf an Präsident Putin angeschlossen, sich für die Aufhebung aller Gesetze einzusetzen, die die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit willkürlich beschneiden. Dieses Interesse an den Menschenrechten in Russland darf mit dem olympischen Feuer nicht erlöschen“, so Franck.

Todesstrafe in den USA:

## Qualvolle Hinrichtung führt zu Moratorium

In den USA gab es allein im vergangenen Jahr 39 Hinrichtungen. Aber die Strafvollzugsbehörden haben Schwierigkeiten, die Mittel für die tödlichen Giftspritzen zu beschaffen. Die europäischen Hersteller weigern sich nämlich, diese weiter für Hinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Mehrere US-Bundesstaaten verwenden daher neue und nicht erprobte Giftmischungen von nicht bundesweit zertifizierten Herstellern. Zum Teil werden die Todeskandidaten mit Substanzen hingerichtet, die für Tiere gedacht sind.

In diesem Zusammenhang kam es im Januar dieses Jahres in Ohio zu einer der längsten Hinrichtungen, seit der US-Staat die Todesstrafe 1999 wieder eingeführt hatte. Der zum Tod verurteilte Mörder Dennis McGuire litt nach Verabreichung einer neuen Giftmischung über 26



*Neue und nicht erprobte Giftmischungen führen zu qualvollem Tod.*

Minuten lang, bis er endlich starb. Seine Familie, die seinen Totenkampf mit ansah, reichte Klage gegen den Staat Ohio ein. Auch ein weiterer Todeskandidat, Gregory Lott, wandte sich mit dem Argument an ein Bundesgericht, dass die Kombination des Beruhigungsmittels Midazolam mit dem Schmerzmittel Hydromorphon einen grausamen und unmenschlichen Tod herbeiführen könne. Seine Hinrichtung, die auf den 19. März angesetzt war, wurde um acht Monate verschoben.

### **US-Bundesstaat Washington setzt Todesstrafe aus**

Im Bundesstaat Washington hat der demokratische Gouverneur Jay Inslee im Februar 2014 ein Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe

verkündet. Die Anwendung der Todesstrafe sei widersprüchlich und ungerecht. „Es gibt zu viele Zweifel, zu viele Fehler im System. Und wenn es darum geht, über den Tod zu entscheiden, steht zu viel auf dem Spiel, um ein unvollkommenes System zu akzeptieren“, so der Gouverneur.

Washington hatte die Todesstrafe Ende 1975 wieder eingeführt. Seitdem wurden dort fünf Menschen hingerichtet. Bis auf weiteres wird es in diesem Bundesstaat also keine Hinrichtungen mehr geben – zumindest solange Jay Inslee im Amt ist, also bis 2016.

In 32 der 50 US-Bundesstaaten sehen Gesetze die Todesstrafe für schwere Verbrechen vor. Seit der Oberste Gerichtshof die Strafe 1976 wieder zugelassen hatte, wurden nach Angaben des US-Death Penalty Information Centers (DPIC) in den USA 1.362 Todesurteile vollstreckt.



*Bild aus der Ausstellung „Voices from Death Row“, in der über die Todesstrafe und das Leben der Insassen in texanischen Todeszellen informiert wird.*

*Quelle: [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de), © John Holbrook*

*Eva Scheerer*

## „Die Tür in die Freiheit“

Weltweit wurden beim Briefmarathon 2013 über 2,2 Millionen Briefe verschickt, davon mehr als 98.000 aus Deutschland.

Drei der politischen Gefangenen, die auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz im Mai 2012 gewaltlos demonstriert hatten, konnten vom Amnestiegesetz profitieren, das vom russischen Parlament am 18. Dezember 2013 verabschiedet worden war. Einer der drei ist Vladimir Aki-menkov, für den sich Menschen auch im Rahmen des Briefmarathons im Dezember 2013 eingesetzt hatten.

In seiner Neujahrsbotschaft am 1. Januar 2014 warf der internationale Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty einen Blick zurück auf den Briefmarathon 2013: „Noch immer sind wir damit beschäftigt, die Tweets, SMS, Petitionsunterschriften und Briefe zu zählen, doch schon jetzt ist klar, dass im Dezember mehrere hunderttausend Menschen in bis zu 80 Ländern an unserer größten internationalen Kampagne, dem Briefmarathon, teilgenommen haben.

Bewaffnet mit Stiften und Tas-taturen fordern wir die Behörden auf, gewaltlose politische Gefangene freizulassen, sich der Wahrheit zu stellen und Unrecht zu beenden. Die Zukunft wird zeigen, wie erfolgreich unsere

Aktionen waren, denn häufig läuft die Maschinerie der Macht langsam.

Doch es ist wichtig, dass Sie eines wissen: Sobald Sie eine E-Mail, ein Fax oder einen Brief verschicken, werden diese zu Teilen von etwas Größerem. Wenn in einem Gefängnis auf einmal Hunderte Nachrichten eintreffen, wissen die Verantwortlichen, dass wir sie im Blick haben. Und die Person in der Gefängniszelle weiß: Wir warten mit ihr ge-

Gemeinsam erreichen wir vieles: Unsere Briefe, E-Mails, Faxe und Petitionsunterschriften erinnern die Regierungen daran, dass sie nicht tun können, was sie wollen. Dass es überall auf der Welt Menschen gibt, die genau hinsehen, wenn Menschen hingerichtet, gefoltert oder zu Unrecht inhaftiert werden. Und dieser gemeinsam ausgeübte Druck zeigt oft Wirkung!

**Werden Sie mit uns und Millionen Menschen auf der Welt aktiv. Informieren Sie sich über aktuelle Kampagnen und Erfolge auf [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de).**

meinsam darauf, dass sich die Tür in die Freiheit wieder öffnet.“

In diesem Sinne nützt die Tübinger Amnesty-Gruppe jedes Jahr Anfang Dezember den Besucherandrang bei der „ChocolArt“, um möglichst viel Unterstützung für diese Briefaktion zu bekommen.

*Eva Scheerer*



*Auch vor dem „Nonnenbaus“ in Tübingen wurden am 7. Dezember 2013 Unterschriften für den Amnesty-Briefmarathon gesammelt.*

**ASERBAIDSCHAN:****Inhaftierung und Misshandlung von Demonstranten**

Bakhtiyar Guliyev und Mahammad Azizov sowie der 17-jährige Shahin Novruzlu wurden im März 2013 festgenommen, nachdem sie regierungskritische Proteste organisiert hatten. Die gegen die Männer erhobenen Vorwürfe lauteten auf illegalen Drogen- und Waffenbesitz. Die Polizei durchsuchte später ihre Wohnungen und gab an, dort Drogen und Molotowcocktails gefunden zu haben. Die Familien von Bakhtiyar Guliyev, Mahammad Azizov und Shahin Novruzlu beteuern jedoch, dass diese Gegenstände dort nachträglich deponiert wurden.

Im September 2013 wurde gegen Bakhtiyar Guliyev, Mahammad Azizov und Shahin Novruzlu sowie fünf weitere Mitglieder der Jugendorganisation NIDA, die sich für politische und soziale Reformen in Aserbaidschan einsetzt, Anklage erhoben. Ihnen wird unter anderem die „Absicht, öffentliche Unruhen zu organisieren“ und die „Absicht des Einsatzes von Molotowcocktails“ bei einer Demonstration am

10. März 2013 zur Last gelegt. Diese Protestveranstaltung verlief jedoch friedlich, bis die Polizei unverhältnismäßige Gewalt anwandte, um sie aufzulösen. Lokale Menschenrechtsgruppen berichteten, dass mehr als 90 der etwa 1.000 Protestierenden bei der Demonstration festgenommen oder misshandelt worden seien.

Bakhtiyar Guliyev, Mahammad Azizov und Shahin Novruzlu gaben an, während ihrer ersten Befragung geschlagen worden zu sein und ihre Aussage nur unter körperlichen Misshandlungen und psychischem Druck gemacht zu haben. Shahin Novruzlu, der zur Zeit der Festnahme minderjährig war, nannte den Namen des für seinen Missbrauch Verantwortlichen und sagte: „Bei meinem Verhör waren meine Eltern nicht anwesend. Ich wurde geschlagen, wobei vier Zähne abbrachen.“

**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den Präsidenten von Aserbaidschan und fordern Sie ihn auf, die Jugendaktivisten umgehend und bedingungslos freizulassen, da es sich bei ihnen um gewaltlose politische Gefangene handelt, die lediglich wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert sind. Bitten Sie zudem höflich darum, umgehend eine unparteiische und wirksame Untersuchung der Folter- und Misshandlungsvorwürfe einzuleiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Schreiben Sie in gutem Aserbaidschanisch, Russisch, Englisch oder auf Deutsch.

**Senden Sie Ihre Appelle bitte an:**

President  
Ilham Aliyev  
Office of the President of the Republic of Azerbaijan  
18 Istiqlaliyyat Street  
Baku AZ1066  
ASERBAIDSCHAN  
(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)  
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,75 €)

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Republik Aserbaidschan  
S. E. Herrn Parviz Shahbazov  
Hubertusallee 43, 14193 Berlin  
Fax: 030 – 21 91 61 52  
E-Mail: berlin@mission.mfa.gov.az

Leser mit Zugang zum Internet können die Briefe direkt ausdrucken:

[www.ai-tuebingen.de](http://www.ai-tuebingen.de)



*Bakhtiyar Guliyev und Mahammad Azizov*  
© privat

**Briefvorschlag:**

Dear President,

I write to you on behalf of Bakhtiyar Guliyev, Mahammad Azizov and Shahin Novruzlu. They were arrested in March 2013 after actively organizing anti-government protests. They were detained by police officers and charged with illegally possessing drugs and weapons. Police later searched their homes and claimed they found illegal drugs and Molotov cocktails, about which the men's relatives insist that police planted these items.

In September 2013, the three men and five other members of the youth organisation NIDA were charged with planning to organise acts of public disorder and intending to use Molotov cocktails during a protest on 10 March 2013. Shahin, Bakhtiyar and Muhammad claim that their testimony was extracted using physical abuse and psychological pressure.

I urge you to release the eight youth activists immediately and unconditionally. Amnesty International regards them as prisoners of conscience, detained only for peacefully exercising their rights of freedom of expression, association and assembly. Please order a prompt, impartial and effective investigation into all allegations of torture and other ill-treatment. I call on you to bring those responsible to justice.

Yours sincerely,

### BELARUS:

#### Ehemaliger Präsidentschaftskandidat zu sechs Jahren Haft verurteilt

Mykalau Statkevich wandte sich gegen die Regierung von Präsident Lukaschenko, indem er 2010 als Präsidentschaftskandidat gegen ihn antrat. Im Mai 2011 verurteilte ein Gericht den Oppositionellen wegen der „Organisation von Massenunruhen“ zu sechs Jahren Haft. Mykalau Statkevich befindet sich seitdem im Gefängnis.

Er wurde zunächst in einem Sägewerk der Strafkolonie Nr. 17 eingesetzt und dann im Januar 2012 wegen mutmaßlichen Regelverstoßes in das strenger geführte Gefängnis Nr. 4 verlegt. Nach nur einem Monat gab die Gefängnisleitung an, Mykalau Statkevich habe Selbstmordabsichten entwickelt. Für den Wahrheitsgehalt dieser Aussage gibt es keinerlei Beweise, und die Familie von Mykalau Statkevich befürchtet, dass die Gefängnisbehörden sich dies als Vorwand zurechtgelegt haben, sollte ihm während der Haft etwas zustoßen.

Seine Frau Marina Adamovich darf ihn pro Jahr nur für vier Stunden besuchen und einmal im Monat mit ihm telefonieren. Sie sagte Amnesty International: „Obwohl ich ständig darauf warte, kommen die Anrufe immer unerwartet. Er versucht zu sagen, dass es ihm gut geht, oder dass ich Informationen an Angehörige anderer Gefangener weitergeben soll. Es ist immer unglaublich emotional und ich freue mich jedes Mal sehr.“



*Mykalau Statkevich*  
© RFE/RL (Svaboda.org)

**Bitte schreiben Sie** Mykalau Statkevich eine Karte oder einen kurzen Brief ins Gefängnis, um Ihre Solidarität zu zeigen. Sie können ihm z.B. schreiben, dass Sie an ihn denken und ihm viel Kraft wünschen, um diese schwierige Zeit durchzustehen.

#### **Sie können gerne auf Deutsch schreiben:**

Mykalau Statkevich  
Prison No.4,  
99a Krupskaya Street,  
Mahiliou, 212011  
BELARUS  
*(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 0,75 €)*

**In diesem Fall wird ausschließlich der Betroffene angeschrieben. Es gehen keine Appellschreiben an die Behörden.**

#### **Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Statkevich,

durch Amnesty International bin ich auf Ihre Situation aufmerksam geworden. Ich hörte, dass Sie aufgrund Ihres politischen Engagements auf der Suche nach einer Alternative zur Regierung von Präsident Lukaschenko inhaftiert wurden. Ich schreibe Ihnen, um Ihnen auch für die kommende Zeit viel Kraft zu wünschen und meine Solidarität zu erklären. Ich hoffe, dass Sie bald mehr Kontakt zu ihrer Familie bekommen und sich die Länge ihrer Haftstrafe einschränken lässt.

Mit den besten Wünschen

**MAURETANIEN:****14 Gefangene aus dem Zentralgefängnis in Nouakchott „verschwunden“**

Am 23. Mai 2011 wurden 14 Häftlinge des Zentralgefängnisses in der mauretanischen Hauptstadt aus ihren Zellen geholt. Seither sind sie „verschwunden“. Die Männer waren wegen terroristischer Vergehen inhaftiert. Mindestens sechs von ihnen hatten Amnesty International zuvor berichtet, dass sie gefoltert worden seien und keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand, ärztlicher Versorgung oder Kontakt zu ihren Familien hatten.

Um 3 Uhr nachts sollen Sicherheitskräfte mit verummumten Gesichtern in das Gefängnis gekommen sein. Berichten zufolge hatten sie eine Liste bei sich. „Sie lasen nacheinander die Namen vor und forderten die Gefangenen auf mitzukommen. Niemand wusste warum“, sagte ein Mitgefangener Amnesty International. Angehörige der Militärpolizei nahmen die 14 Männer daraufhin mit. Ohne weitere Erklärung wurden den Familienangehörigen der Männer einen Monat später deren persönliche Gegenstände ausgehändigt, darunter Matratzen, Kleidung und Bücher.

Nach mehr als zwei Jahren der Ungewissheit haben die Familien der 14 Männer vor Kurzem Briefe von ihnen erhalten. Allerdings weigern sich die Behörden weiterhin, Informationen über den Verbleib der Männer und den Grund ihres „Verschwindens“ preiszugeben. Amnesty-Mitarbeiter Gaëtan Mootoo hat sich kürzlich mit den Familien getroffen: „Wir konnten ihnen ihre Verzweiflung ansehen. Viele haben aus Angst um ihre Angehörigen kaum ein Wort herausgebracht.“

Die Namen der 14 Häftlinge lauten: El Khadim Ould Semane, Sidi Ould Sidna, Mohamed Ould Chabarnou, Maarouf Ould Haïba, Mohamed Abdellahi Ould Ahmednah Ould Mohamed Salem, Mohamed Ould Abdou, Abderrahmane Ould Areda, Mohamed Ould Chbih, Amar Ould Mohamed Saleh, Taghi Ould Youssouf, Salem Ould Hemmod, Tiyeb Ould Saleck, Mohamed Mahmoud Ould Sebty dit Dahoud Sebty und Mohamed Khaled.



**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den mauretanischen Präsidenten, in denen Sie ihn auffordern, den Aufenthaltsort der 14 Gefangenen offenzulegen. Bitten Sie darum, dass die Gefangenen umgehend Kontakt zu ihren Familien und Rechtsbeiständen sowie die erforderliche medizinische Versorgung erhalten. Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch.

**Senden Sie Ihre Appelle bitte an:**

General Mohamed Ould Abdel Aziz  
President of the Islamic Republic of Mauritania  
Secretary of the President, Ely Kyakh, Presidency  
BP 184 Nouakchott  
MAURETANIEN  
(korrekte Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,75 €)

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Islamischen Republik Mauretanien  
S. E. Herrn Bebbe Ould Mohamed M'Bareck  
Kommandantenstr. 80,  
10117 Berlin  
Fax: 030 - 20 67 47 50  
E-Mail: ambarim.berlin@gmx.de

**Briefvorschlag:**

Dear President,

I'm writing to you on behalf of fourteen men who were convicted on terrorism-related charges, imprisoned in Nouakchott and subjected to enforced disappearance on 23 May 2011: El Khadim Ould Semane, Sidi Ould Sidna, Mohamed Ould Chabarnou, Maarouf Ould Haïba, Mohamed Abdellahi Ould Ahmednah Ould Mohamed Salem, Mohamed Ould Abdou, Abderrahmane Ould Areda, Mohamed Ould Chbih, Amar Ould Mohamed Saleh, Taghi Ould Youssouf, Salem Ould Hemmod, Tiyeb Ould Saleck, Mohamed Mahmoud Ould Sebty dit Dahoud Sebty and Mohamed Khaled.. At least six of them had previously told Amnesty that they had been tortured and denied access to a lawyer, their families or a doctor.

While the families recently received letters from the detainees after two years of silence the authorities keep refusing to say where the men are and why they were taken.

I urge you to disclose where the 14 prisoners are and to give them access to their families and lawyers as well as medical treatment if they need it.

Yours sincerely,